Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 21 (1994)

Heft: 6

Artikel: Volksabstimmung vom 4. Dezember 1994 : Ja zu KVG und

Zwangsmassnahmen

Autor: Rusconi, Giuseppe

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910292

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ja zu KVG und Zwangsmassnahmen

Bei einer ansehnlichen Stimmbeteiligung von 43 Prozent hat das Schweizervolk der Regierung dreimal recht gegeben, was nicht immer der Fall ist. 51,8 Prozent beiahten das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG); 76,5 Prozent sagten nein zur Krankenversicherungs-Initiative: und mit 72,8 Prozent Ja-Stimmen wurden die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht angenommen.

nsicherheit bestand vor allem über den Ausgang der ersten Vorlage. und dies bis zum Schluss. Nun ist es doch noch gelungen, das Gesetz von 1911 erstmals zu ändern. Neben vielen positiven Punkten sind beim alten Gesetz in den vergangenen Jahren in sozialer Hinsicht vermehrt auch negative zum Vorschein gekommen, die mit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zusammenhängen.

lage keine Fronten zwischen den der Kanton Jura (83,8% Ja) an der

Schweizervolk am 4. Dezember eine ver-

nünftige Wahl getroffen hat. Dazu einige

Sprachregionen gab: Die Romandie, ein Teil der Deutschschweiz und das Tessin haben gleich abgestimmt. Falls überhaupt ein Unterschied auszumachen ist, so findet man diesen zwischen Regionen, in denen auf kantonaler Ebene bereits Erfahrungen mit dem neuen KVG gesammelt wurden, und solchen, die sich bis jetzt davor gehütet haben. Die ersten haben dem Gesetz klar zugestimmt, die zweiten waren im allgemei-Es fällt auf, dass es bei der KVG-Vor- nen dagegen. Bei den Befürwortern liegt

Kommentar Es ist gerechtfertigt zu sagen, dass das

Überlegungen. Erstens: Eine grosse Mehrheit der Wählenden, fast vier Fünftel, wollte nichts davon wissen, das bestehende, auf lich Zürich, aber auch - im geringeren Prämienzahlungen beruhende Gesundheitssystem zu verlassen, um zu einem Grund: Die Behörden sollen gezwungen «europäischen» überzugehen, das auf werden, den hunderten von ausländischen einem Lohnabzug basiert hätte. Dies Drogenhändlern das Handwerk zu legen, hatte die Initiative von Sozialdemokraten die sich ohne Papiere in den mehr oder und Gewerkschaften verlangt. Die Bevölkerung fürchtete zu massive staatliche Eingriffe, eine Verstaatlichung der Medizin verbunden mit einer Qualitätseinbusse, eingeschränkte Wahlmöglichkeiten der Versicherten sowie negative Vorlage bezüglich des Inhalts der Bestim-Folgen der Initiative für eine sich lang- mungen geltend gemacht hatten. Die sam erholende Wirtschaft. Zweitens: Trotzdem will eine - wenn für Ausländer, die sich illegal in der auch knappe - Mehrheit der Wählenden bei der Krankenversicherung einige

die Hälfte der Wählerschaft Befürchtungen vor einer Erhöhung der Prämien für diejenigen, die nicht mehr in den Genuss von Subventionen kommen. Dies gilt insbesondere für den Mittelstand.

Drittens: Ein grosse Mehrheit des Volkes hat den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zugestimmt. Alle Kantone haben ebenfalls ja gesagt; besonders deut-Ausmass - Genf. Das hat vor allem einen weniger offenen Drogenszenen herumtreiben. Politisch ist das ein legitimes Argument, das sich gegen die durchaus verständliche rechtliche Unschlüssigkeit durchgesetzt hat, die einige Gegner der neuen Gesetze gelten nämlich nicht nur Schweiz aufhalten und sich schwerer Verbrechen schuldig machen, sondern auch für Asylbewerber, die sich der Repagen, die im neuen Gesetz vorgesehen triierung entziehen. Die beiden Kategorien sollten in den Augen vieler Stimmenden nicht gleich behandelt werden. Von den Frauen und Männer; den Leistungsaus- Behörden wird nun jedoch rasches und bau der Grundversicherung; die gezielte entschiedenes Vorgehen gegen die Drogen-Ausrichtung von Subventionen an Be- händler erwartet. Ohnmacht soll nicht dürftige und nicht mehr an alle Versi- mehr als Vorwand dienen können.

cherten. Auf der anderen Seite hegte fast Giuseppe Rusconi

Spitze, gefolgt von Neuenburg, Genf und dem Tessin; bei den Gegnern war es Appenzell Innerrhoden (21,3% Ja), knapp vor Thurgau, Obwalden und Schwyz. Auch die um Zürich liegenden Kantone haben nein gesagt, im Gegen-

Die Initiative der Sozialdemokraten und Gewerkschaften fand hingegen in keinem Kanton eine Mehrheit. Einen gewissen Erfolg errang sie im Jura (41,7% Ja) und - weniger ausgeprägt in Genf (37,9%) und Neuenburg (34,6%). Vernichtend war die Niederlage in Appenzell Innerrhoden (8.2% Ja) sowie in anderen Halbkantonen der In-

Vorteile für Rückkehrende

satz zu Bern und Basel.

Die vom Volk angenommene Revision des Krankenversicherungs gesetzes wirkt sich dank der Prämiengleichheit positiv für ältere Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aus, die in die Schweiz zurückkehren wollen und noch keiner schweizerischen Krankenkasse angehören. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe der «Schweizer Revue»



nerschweiz. Ebenso unmissverständlich war die Ablehnung in den Kantonen Aargau, St. Gallen, Luzern und Zürich (alle mit Nein-Anteilen um 80%).

Mit Spannung wurde das Resultat bezüglich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht erwartet. Hier interessierten vor allem das Ausmass der Ja-Stimmen und ob es ablehnende Kantone geben würde. Die Vorlage wurde mit einer überwältigenden Mehrheit und von allen Kantonen angenommen. Zürich, Es war allen klar, dass das schweizeridas den Letten «beherbergt», stimmte mit 80,6 Prozent zu; aber auch in Genf, wo der Staatsrat, fast alle Parteien und zahlreiche und unterschiedliche Organisationen aus juristischen Gründen ein Nein empfohlen hatten, fand die Vorlage eine Mehrheit von 52,3 Prozent. Mit Ausnahme des Jura (56,6%) weist der Rest der Romandie Ja-Anteile von über 60% auf. Im Tessin betrug die Zustimmung 72%.

Es ist demnach unbestreitbar, dass die Zwangsmassnahmen von einer Mehrheit im ganzen Land - und nicht nur in Zürich - befürwortet werden; von einer Mehrheit, die genug hat von den bis heute allzuoft ungestraft gebliebenen Missbräuchen vor allem im Drogenhandel RUS

Drogenrazzia am Zürcher Bahnhof Letten. Mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht hoffen die Behörden unter anderem, effizienter gegen ausländische Drogenhändler vorgehen zu können. (Foto: Keystone)

Presseschau

Erwartungsgemäss bezogen sich die Kommentare zur Abstimmung vom 4. Dezember je etwa zur Hälfte auf die Krankenversicherung respektive die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Hier einige Meinungen.

Giornale del Popolo

sche Gesundheitssystem einer kräftigen Solidaritätsinjektion bedurfte. (...) Die entstellende und von Eigeninteresse gefärbte Brille der Medizinerlobby, einer Gruppe von Krankenkassen sowie einiger Kantonsregierungen hat nicht ausgereicht, den Stimmbürgern die Realität zu verdecken.

TRIBUNE DE GENĒVE

Das Ja des Volkes ist ein Aufruf an die Aufrechterhaltung einer Qualitätsmedizin für alle, und es zeigt, dass die Mehrheit bereit ist, den Preis dafür zu zahlen. Das Resultat ist um so ermutigender, als die von der Wählerschaft ausgedrückte Solidarität auch einer eidgenössischen Solidarität gleichkommt. (...) Hingegen erklärt sich die eindeutige Ablehnung der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Initiative in erster Linie mit der Furcht, den noch zaghaften wirtschaftlichen Aufschwung zu gefährden.

Luzerner Neuste Nachrichten

Das positive Ergebnis überrascht. Zum einen handelte es sich um eine sehr schwierige Abstimmungsvorlage, deren konkrete Auswirkungen selbst engagierte Befürworterinnen und Befürworter nicht bis ins letzte Detail darzulegen vermochten. Wenn sie verunsichert sind, reagieren die Schweizer Stimmberechtigten jedoch eher ablehnend. Dass sie es diesmal nicht getan haben, ist eine (...) Überraschung.

Der Rund

Viele Stimmbürger und Stimmbürgerinnen haben offensichtlich verstanden. dass das geltende Recht ausgedient hat; sie sind bereit, es mit etwas Neuem zu versuchen. Das von den Gegnern im Abstimmungskampf eingesetzte Abschreckungsbild mit den leeren Taschen verfing bei der Mehrheit nicht. Auch dürfte der Bevölkerung nicht entgangen die humanitäre Tradition der Schweiz sein, dass ein Teil der Gegnerschaft vor dank dieser Klarstellung in Zukunft allem die eigenen Interessen im Kopf besser verankert sein wird. hatte.

Abstimmungsergebnisse

Bundesgesetz über die Krankenversicherung

JA 1020763 (51,8%) NEIN 950 164 (48,2%)

Krankenversicherungsinitiative

460 834 (23,5%) NEIN 1502483 (76,5%) Alle Kantone

Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

1433 162 (72,9%) NEIN 534 588 (27.1%)

Stimmbeteiligung: 43%

JOURNAL de GENÈVE

Das Tragische an der Flutwelle zugunsten der Zwangsmassnahmen ist, dass ethische und moralische Argumente praktisch nichts gezählt haben. Ausnahmslos haben alle Kantone angenommen, und dieser Triumph hat einen starken fremdenfeindlichen Beigeschmack. (...) Das massive Ja ist eine schwerwiegende Niederlage für die humanitären Prinzipien.

Nene Zürcher Zeitung

Dass die Vorlage [die Zwangsmassnahmen] relativ viel Gewicht erhalten hat, ist nicht zuletzt ienen Gruppen zuzuschreiben, die das Referendum für sich zur Grundsatzfrage machten. Das letztlich die politischen Prioritäten verzerrende Wirken von Aktivisten, die kaum in die Verhandlungsdemokratie eingebunden sind, scheint zuzunehmen. (...) Bis zu einem gewissen Grad kann die direkte Demokratie damit leben, die «Kosten» sind aber zur Kenntnis zu nehmen.

*ll*EXPRESS

Nichts rechtfertigt den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit, der mit Sicherheit auf die Mehrheit des Volkes zukommen wird: Im Gegenteil, mit einem Gesetz, das die konstante Umwandlung des Asylrechts in eine Farce verhindert. wird die gefährliche Vermischung von echten Flüchtlingen mit solchen, die das Gesetz brechen oder sich ihm entziehne, schwieriger. Trotz des scheinbaren Widerspruchs lässt sich also sagen, dass

Schweizer R E V U E 6/94

Korrekturen in sozialer Hinsicht anbrin-

sind: etwa das Obligatorium mit Prä-

miengleichheit für alt und jung sowie für